

Stellungnahme zum Antrag des Beirats Vahr vom 30.04.2019

Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

Bremen, 19. März 2020

bearbeitet von:

Tel.

Stellungnahme zum Antrag des Beirats Vahr vom 30.04.2019

Allgemeine Einordnung:

Im Antrag wird gefordert das Budget der offenen Jugendarbeit im Stadtteil Vahr für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 um mindestens 3,5% zu erhöhen, um die steigenden Personalausgaben im Zusammenhang mit Tarifierpassungen abzubilden. Darüber hinaus wird eine jährliche Erhöhung um weitere 2% bezogen auf Miet- und Betriebsausgaben gefordert.

Wenn dem Antrag gefolgt würde, hätte dies Kosten in Höhe von 15.800 € in 2020 und 16.350 € in 2021 zur Folge.

Stellungnahme der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport:

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert:

- Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021.
- Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport.
- Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit.

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.

Empfehlung:

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport empfiehlt den Haushaltsantrag des Beirats Vahr vom 30.04.2019 abzulehnen.